

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Wohnt wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: 3 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die breitespalt. Poststelle 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-  
herig. Gebühreneinsendung auf Postcheck Alfred Riebel 11502, Post-  
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfchl. Freitag

## Die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes.

In dieser Stelle ist bereits grundföhrlich Stellung genommen worden zu den Bestrebungen um die Durchführung des sogenannten „freiwilligen Arbeitsdienstes“. Bald nach Erlass der Notverordnung vom 5. Juni, die für seine Förderung aus öffentlichen Mitteln die nötigen gesetzlichen Grundlagen schaffte, haben die Arbeitnehmerorganisationen ihre berechtigten Bedenken dagegen geltend gemacht. Das Reichsarbeitsministerium hat sich ihnen nicht verschließen können, entwarf doch die betreffende Bestimmung der Notverordnung derartig weitreichende Formulierungen, daß die schlimmsten Mißbräuche zu befürchten waren.

Nunmehr ist die vom Reichsarbeitsminister und Reichsfinanzminister unterzeichnete Durchführungsvorordnung „über die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes“ erschienen, die am 3. August in Kraft getreten ist. Diese Durchführungsverordnung enthält zwar eine Reihe von Verbesserungen, aber was geblieben ist, läßt noch alle Bedenken offen.

Die wichtigste Bestimmung politischer Art dürfte die folgende sein: während die Notverordnung ganz allgemein sagte, Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes dürfen alle Vereinigungen sein, die Gruppen von Arbeitsdienstwilligen zusammenfassen — eine Bestimmung, die allen politischen Dunkelmännern die Tore öffnete —, schreibt die Durchführungsverordnung vor, daß keine Mittel gewährt werden dürfen, wenn Arbeitsgruppen für politische und staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden! So entscheidend diese Bestimmung ist, so läßt sich doch nicht leugnen, daß sie bei einiger Geschicklichkeit zu umgehen ist. Es wird halt „getarnt“ gearbeitet! Ohne eine Abänderung der Notverordnung dürfte eine wirkliche Sicherheit in dieser Frage nicht zu erreichen sein. Im Hinblick darauf ist die Förderung der Gewerkschaften, daß bei der Entscheidung des Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes darüber, ob eine Arbeit gemeinnützig und zuföhrlich und daher aus Mitteln der Reichsanstalt zu fördern sei, der Verwaltungsausschuß mitzuwirken habe, doppelt beachtlich. Aber auch die Frage, ob es sich um zuföhrliche Arbeiten handelt, wird nicht immer leicht zu entscheiden sein, zumal die Gemeinnützigkeit einer Arbeit auch dann als gegeben gelten soll, wenn sie in erster Linie einem beschränkten Personenkreis (Mitgliedern von Verbänden, Genossenschaften usw.) zugute kommt, vorausgesetzt, daß ein wesentlicher Allgemeininteresse vorliegt.

Was die Finanzierung des Arbeitsdienstes anlangt, so befaßt die Verordnung, daß das Arbeitsamt für Empfänger von Arbeitslosen- und Krüsenunterstützung, die mit Zustimmung des Arbeitsamtes als Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden, die Unterstützung nach Höhe und Dauer vereinheitlichen kann. Für sie kann die Unterstützung einheitlich auf höchstens zwei Mark wöchentlich festgesetzt werden, auch wenn hierdurch von den sonst geltenden Bestimmungen abgewichen wird. Das Bedenkliche ist, daß die Unterstützung auch an den Träger der Arbeit gezahlt werden kann, der sie zugunsten der Arbeitsdienstwilligen verwenden soll, was auch in Sachleistungen geschehen kann. „Zugunsten der Arbeitsdienstwilligen“ — das ist sehr dehnbar! In Baden z. B., bei den landwirtschaftlichen Arbeitslagern, führt diese Bestimmung dazu, daß die Studenten keinen Pfennig, die Arbeitslosen nur 50 Pfennig pro Tag bekommen. Abgesehen von den Sozialversicherungsbeiträgen, die das

Lager zahlt, würde hiernach also das „Studentische Amt für Arbeitsdienstkolonien in Baden“ über den Rest von 1,50 Mark pro Arbeitslosen für seine Organisation bzw. organisatorische Durchführung des Ganzen (wozu auch die ideologische Beeinflussung zählt!) frei verfügen können! Denn wie leicht läßt sich beweisen, daß dies „Zugunsten des Arbeitsdienstes“ ist! Es muß Bedenken erregen, daß jetzt plötzlich der Bund „Arta“ eine neue teure Zeitschrift „Deutscher Arbeitsdienst“ herausgibt. Woher hat die Bohnbrüderorganisation der Ariamanen plötzlich die Gelder dafür? Hofft man sie auf dem Wege über die eben kritisierte Bestimmung zu erhalten? Auf alle Fälle müssen die Landesarbeitsämter die Verwendung der den Trägern des freiwilligen Arbeitsdienstes zu zahlenden Gelder genau kontrollieren, sonst werden hier doch politische und staatsfeindliche Zwecke gefördert.

Soweit besondere Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, kann die Reichsanstalt die Unterstützung auch solchen Arbeitsdienstwilligen gewähren, die wegen ihrer Jugend (unter 21 Jahren) noch nicht bezugsberechtigt für die Arbeitslosen- oder Krüsenunterstützung sind. Im Reichsrat hat aber bei der am 16. Juli erfolgten Beratung der Durchführungsverordnung der Berichterstatter bemerkt, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage solche Mittel kaum zur Verfügung stehen. Man hat immer betont, gerade den jüngeren Erwerbslosen helfen zu wollen. Man hat sie ferner durch den generellen Entzug der Arbeitslosenunterstützung (der nur nachträglich stark gemildert werden konnte) in die „freiwilligen“ Arbeitslager zu treiben versucht. Wenn man ihnen aber wirklich helfen wollte, müßten schon erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, die aber — wie gesagt — das Reich nicht locker machen kann. Auch die Einbeziehung der Wohlfahrts-erwerbslosen in die Unterstützung kann von der Reichsanstalt nicht durchgeführt werden, da ihr hierzu keine Mittel zur Verfügung stehen. Es ist aber von der Reichsanstalt erklärt worden, wenn die Gemeinden aus ihren Wohlfahrtsmitteln einen Tagesatz für den freiwilligen Arbeitsdienst bereitstellen könnten, so stehe der Einbeziehung der Wohlfahrts-erwerbslosen nichts entgegen.

Im ganzen ist die „Freiwilligkeit“ des Arbeitsdienstes stärker betont. So darf die Ablehnung oder die Aufgabe des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht als Arbeitsunwilligkeit oder Arbeitslosigkeit aus eigenem Verschulden ausgelegt werden. Es wird aber dennoch Vorbehalte getroffen werden müssen, daß auch bei vorzeitiger Arbeitseinstellung den Jugendlichen die Rückreise in die Heimat ermöglicht wird. Außerdem wäre — was nicht in der Verordnung steht — darauf Gewicht zu legen, daß von den Trägern des Arbeitsdienstes gewisse pädagogische Voraussetzungen für die Betreuung der Jugendlichen verlangt werden und dafür gesorgt ist, daß die Beschäftigung, Unterkunft, Verpflegung usw. den notwendigen sozialpolitischen Anforderungen gerecht werden.

In Artikel 17 der Verordnung werden die Gemeinden verpflichtet, gegen angemessene Entschädigung Unterkunft und Verpflegung zur Verfügung zu stellen! Sie können also nicht „Arbeitslager“ usw. in ihrem Zuständigkeitsgebiet ablehnen! — Die Vorschriften der Sozialversicherung und des Arbeitslohnes werden im wesentlichen wie bei einer gleichartigen anderen Arbeit durchgeführt. Bei „vollständigkeitsmäßig wertvollen Arbeiten“ und einer Beschäftigung von zwölfwöchiger Dauer kann den Arbeitsdienstwilligen ein Betrag von 1,50 Mark für jeden Wochentag auf Antrag gutgeschrieben werden, der mit 6 Proz. jähr-

lichen Zinsen auf Erlauchen des Landesarbeitsamtes in das Reichsschuldbuch eingetragen wird und innerhalb einer bestimmten Frist zur Erwerbung einer Siedlerstelle oder eines Eigenheims Verwendung finden soll.

Soweit die wesentlichen Bestimmungen. Die Arbeits- und Landesarbeitsämter haben grundföhrlich die Ueberwachung der Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes vorzunehmen — eine mehr als heikle Aufgabe, bei der ihnen die Gewerkschaften zur Seite stehen müssen. Im ganzen bleiben die vielen grundföhrlichen und praktischen Bedenken gegen den freiwilligen Arbeitsdienst bestehen. Besondere wirtschaftliche Erfolge sind von ihm nicht zu erwarten. Für größere Projekte ist — wie schon bei der Arbeitsdienstpflicht festgestellt — kein Geld vorhanden. So wird es auf die Durchführung einer Reihe kleinerer und obendrein politisch vielfach bedenklicher Projekte hinauslaufen, die der Allgemeinheit kaum etwas nützen, die Arbeitslosigkeit nicht lindern, das wenige Geld aber zerpfüttern und überdies mehr als nötig Unruhe und Spannungen erzeugen. Der Eindruck wird immer deutlicher, daß es sich hier um die vom Reiche unterstützte Durchführung von Experimenten handelt, mit deren Hilfe man sich die Gunst bestimmter politischer Gruppen — Jungdo, nationale Verbände usw. — erringen will! Nach wie vor gilt es für die Arbeiterschaft, hier auf der Hut zu sein.

Kurt Hirche.

## Bundesausschußsitzung des DGB.

Am 10. August trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 14. Sitzung zusammen, die vor allem der Vorbereitung des Gewerkschaftskongresses diente, der am 31. August in Frankfurt am Main seine Tagung beginnen wird.

In seinen einleitenden Ausführungen ging der Bundesvorsitzende Leipzig von dem Ergebnis des preußischen Volksentscheides aus. Die rechtsradikalen Parteien, die zur Eroberung Preußens und damit Deutschlands in den Kampf gezogen seien, haben sich die erwartete und verdiente Niederlage geholt, deren Größe keine Schönfärberei in ihrer Presse verschleiern kann. Jetzt wird hoffentlich der hier und da aufgetretene Kleinmut überall verschwinden, denn das Ergebnis des Volksentscheides zeigt klar, daß der weitaus überwiegende Teil des Volkes sich zu der gegenwärtigen Staatsform bekennt. Die Entscheidung vom 9. August klärt die innerpolitische Situation und fordert entschlossenes Handeln. Die Gewerkschaften müssen erwarten, daß die verantwortlichen Stellen in Preußen wie im Reich jetzt endlich mit durchgreifender Energie die allgemein erwarteten Maßnahmen gegen die radikalen staats- und gesellschaftszerstörenden Elemente ergreifen. Die radikalen Parteien haben schon zu lange ihr frevelhaftes Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes getrieben. Es ist höchste Zeit, daß diesem Unwesen mit Entschiedenheit Halt geboten wird.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterschaft aus dem gesinnungslosen Verhalten der kommunistischen Partei die notwendige Lehre ziehen wird. Die große Masse der kommunistischen Anhänger ist am 9. August nicht zur Wahlurne gegangen. Sie haben sich dem Parteibefehl nicht gefügt. Diese Haltung der denkenden kommunistischen Arbeiter zeigt bereits die Entwicklung, die sich in den Reihen der Arbeiterschaft abbahnt. Es ist jetzt eine der wichtigsten Aufgaben für alle Gewerkschaftler, ihre ganze Energie dafür einzusetzen, diese Entwicklung vorwärts zu treiben, den Arbeitern zu zeigen, wohin sie der blinde Radikalismus der kommunistischen Partei führt, um endlich die Gesundung der deutschen Arbeiterbewegung zu erreichen und ihre Einheit wieder herzustellen.

Die Ausführungen Leipzigs, oft vom lebhaften Beifall der Verbandsvertreter unterbrochen, fanden die einstimmige Zustimmung des Bundesausschusses. Dann erläuterte Leipziger über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er schilderte die zur Behebung und Milderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage erhobenen Forderungen und eingeleiteten Schritte. Insbesondere protestierte er dagegen, daß die Reichsregierung vor den wichtigen wirtschaftlichen Entscheidungen, die sie in den letzten Wochen zu treffen hatte, die Gewerkschaften nicht zu Rate gezogen habe, während die Unternehmer und ihre Organisationen ständig in Fühlung mit dem Kabinett gestanden hätten. Es liege in der Linie dieser einseitigen politischen Stellungnahme, daß die Reichsregierung zwar das Geld für die Sanierung der Großbanken herbeigebe, aber keineswegs dafür gesorgt habe, dem Reich entsprechenden Einfluß zu sichern. Schon jetzt zeige sich, daß da und dort nicht in zureichendem Maße für die Sicherheit der Lohnzahlungen gesorgt worden ist. Die Gewerkschaften hätten sich durch besondere Erhebungen hierüber auf dem laufenden und werden weiter mit ärztlicher Entscheidung dafür sorgen, daß die Existenzsicherheit der heute noch arbeitenden werktätigen Bevölkerung nicht gefährdet wird.

Am besondern ging Leipziger dann auf die vom Bundesvorstand eingenommene Haltung in der Frage der Lehrlingsordnung ein. Bei ihrem Abschluß ist dringend zu beachten, daß durch die in ihnen enthaltenen Regelungen die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in allen Lehrlingsfragen gewahrt bleibt.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Sachauschusses für die Gewerkschaftspresse, Scheffler, über die Entwicklung der Gewerkschaftspresse, über ihre Ausgestaltung zu Familienblättern, die nicht nur von den Mitgliedern, sondern auch von ihren Angehörigen mit Interesse gelesen werden, sowie über Neuerungen in der äußeren Aufmachung und im Verlag der Blätter. Die Gewerkschaftspresse erreicht einen so weiten Leserkreis, wie kein anderer Zweig der deutschen Presse. Trotzdem wird sie heute noch keineswegs in ihrer Bedeutung gewürdigt, insbesondere wird sie noch von manchen behördlichen Stellen bei Besprechungen und bei der Erteilung von Informationen entweder ausgeschlossen oder ungenügend berücksichtigt. Der Sachauschuss wird nach wie vor bemüht sein, diese mangelnde Berücksichtigung zu beheben.

Der Bundesausschuss beschäftigt sich weiterhin mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes. Infolge der Bedeutungslosigkeit dieser Maßnahme wurde von einer besonderen Beschlusfassung Abstand genommen. Der Entwicklung der Dinge wird aber besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, um zu verhindern, daß sich durch den freiwilligen Arbeitsdienst schädliche Wirkungen für die Lage der Arbeiterschaft ergeben.

Zum Gewerkschaftst Kongreß teilt Leipziger mit, daß der Bundesvorstand beschlossen hat, den Kongreß zu

einer reinen Arbeitstagung zu gestalten und alle Veranstaltungen festlicher Art, wie sie sonst Kongresse zu begleiten pflegen, zu unterlassen. Der Ernst der Zeit erfordere es, dem Gewerkschaftst Kongreß dieses Gepräge zu geben. In einem Tage wird der Kongreß eine öffentliche Tagung in Mainz abhalten.

Die zum Kongreß geladenen Referenten haben dem Bundesvorstand Entwürfe für Entschliessungen zu den verschiedenen Punkten der Tagesordnung unterbreitet. Die Entwürfe liegen dem Bundesausschuss vor. Mit ihrer weiteren Bearbeitung in Gemeinschaft mit den Referenten wird der Bundesvorstand beauftragt. Die Verbände werden Vorschläge zur Abänderung der Entwürfe schriftlich einreichen.

**Der internationale Fortschritt der Sozialversicherung im Jahre 1930.**

Der Gedanke der Sozialversicherung hat auch im Jahre 1930 in zahlreichen Ländern neue Fortschritte gemacht. Neue Sozialversicherungsträger wurden geschaffen, die bereits bestehenden Einrichtungen ausgebaut. Zwar ist die Wirtschaftskrise nicht ohne Einfluß auf den Fortschritt der Gesetzgebung und die Tätigkeit der Sozialversicherungsträger geblieben. Sie hat zu neuen Angriffen auf die Sozialpolitik geführt, hat in manchen Ländern das Tempo des Aufbaus verzögert, hat zur Veragung der Beratungen wichtiger Gesetzesvorlagen geführt. Die Arbeitslosigkeit und die Lohnsenkungen hatten eine Verminderung des Beitragseingangs der Versicherungsträger zur Folge, während andererseits die notwendigen Ausgaben oft stark gestiegen sind.

Im Deutschen Reich hat die Sozialversicherung in Anbetracht der Wirtschaftskrise einen besonders schwierigen Stand gehabt. Die gesteigerten Anforderungen an die Sozialversicherungsträger und die allgemeine Finanznot haben zu einem gewissen Abbau der Versicherungsleistungen geführt, doch konnte auf der anderen Seite in den meisten Krankentafeln der Beitragssatz heruntergesetzt werden. Ein weiterer Fortschritt ist insofern zu verzeichnen, als in der Krankenversicherung die bisherige Freiwilligkeit der Familienhilfe durch Zwangsvorschriften ersetzt wurde.

Auch in Desterreich traf die Wirtschaftskrise die Krankentafeln. Wesentliche Änderungen an der bisherigen gesetzlichen Regelung sind jedoch nicht vorgenommen worden. In Belgien konnte die Sozialversicherungsgesetzgebung ausgebaut werden. Der Anwendungsbereich der Entschädigung bei Betriebsunfällen wurde durch Annahme eines neuen Gesetzes erweitert. Das gleiche gilt für die Gesetzgebung über Hinterbliebenen-, Alters- und Invalidenversicherung. Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß in Kürze auch die Gesetzentwürfe über Kranken- und Invalidenversicherung im belgischen Parlament behandelt werden. In Dänemark hat die

von der Regierung in Angriff genommene Bereinigung der Sozialversicherung und der sozialen Fürsorge beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Unfallversicherung wird weitgehend geändert, die Verwaltung vereinfacht. Ferner sollen bestimmte Berufskrankheiten als unfallentgeltlich anerkannt werden. In Frankreich ist im Jahre 1930 eine umfassende Sozialversicherungsgesetzgebung in Kraft getreten. Nach Berechnung des Arbeitsministeriums werden von dieser Sozialversicherungsgesetzgebung 8 500 000 Arbeitnehmer erfasst. In Großbritannien sind im Jahre 1930 keine wesentlichen Änderungen der Sozialversicherungsgesetze eingetreten. Unter Mitwirkung ausländischer Sachleute und unter Mitarbeit des Leiters der Sozialversicherungsabteilung des Internationalen Arbeitsamts wurde in Griechenland die Arbeit an dem Gesetzentwurf zur Einführung der obligatorischen Unfall-, Kranken-, Mutterschafts-, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung fortgesetzt. Im Ministerium für Sozialpolitik und Gesundheitswesen in Jugoslawien ist nach Befragung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Sozialversicherungsgesetzes von 1922 ausgearbeitet worden. Es wird eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung angestrebt, auch die Leistungen sollen geändert werden. In den Niederlanden ist ein großer Fortschritt zu verzeichnen. Dort wurde im Jahre 1930 die obligatorische Krankentafelversicherung eingeführt, die ohne große Schwierigkeiten in Kraft gesetzt werden konnte. Auch in Polen wird eine Vereinheitlichung der bestehenden Sozialversicherungsgesetze angestrebt. In der Schweiz steht der Kampf um die Alters- und Hinterbliebenenversicherung im Vordergrund des Interesses. Es ist anzunehmen, daß in Kürze eine endgültige Entscheidung über ihre Durchführung getroffen wird. In Kanada hat die Bewegung zugunsten der obligatorischen Krankenversicherung an Boden gewonnen. Insbesondere in den Provinzen Britisch-Kolumbien und Alberta hat sie wesentliche Fortschritte gemacht. Die Sozialversicherung in Chile schreitet ebenfalls planmäßig voran. Die Zahl der Versicherten überstieg Anfang 1930 eine Million. In China wurde durch das neue Verordnungsrecht die Entschädigung bei Berufskrankheiten und bei Betriebsunfällen für alle Fabriken eingeführt, in denen wenigstens 30 Personen beschäftigt sind und Maschinen verwendet werden. In Rußland wurde die Sozialversicherung auf weitere Arbeitnehmergruppen ausgedehnt.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Tatsache, daß trotz der Krise eine Reihe von Ländern die internationalen Sozialversicherungsübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ratifiziert haben.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Sozialversicherung in den verschiedenen Ländern der Welt trotz der großen Schwierigkeiten und der schweren Krisen nicht wesentlich beeinträchtigt worden ist, sondern sogar in manchen Ländern bemerkenswerte Fortschritte gemacht hat.

**Die Krankheit des Sommers.**

DRSE. Unter dem Einfluß der sommerlichen Hitze pflegen alljährlich Darmkrankungen in gehäuftem Maße aufzutreten. Die Sommerwärme schafft den verschiedensten, krankmachenden Bakterien in unseren Nahrungsmitteln, in Fleisch, in Butter und Milch, einen besonders günstigen Nährboden. Mäusen und Fliegen, die in der Auswahl ihrer „Gackerbissen“ gewiß nicht wählerisch sind, übertragen gleichfalls oft allerlei Krankheitskeime. Diese werden dem Körper auch leicht durch schmutziges Obst und unzureichend gepuhtes Gemüse, Salate und dergleichen mehr zugeführt. Wenn trotzdem im Sommer bei vielen Menschen alles gut geht, so beweist dies, daß für eine Erkrankung noch ein anderes Moment, nämlich die persönliche Anfälligkeit als entscheidender Faktor hinzutritt. Am meisten gefährdet ist dabei der Säugling, der früher, als man der Hygiene der Milch noch nicht die genügende Aufmerksamkeit schenkte, nicht selten dem sommerlichen Darmtarrh zum Opfer fiel. Heute vermeiden wir durch den Bezug der Milch aus einwandfreier Quelle, durch peinliche Sauberhaltung der benutzten Gefäße, durch Abkochen und Kühhalten der Milch den Säugling wirksam zu schützen. Selbstverständlich ist und bleibt es der beste Schutz, wenn die Mutter den Säugling an der eigenen Brust stillt. Häufig schaffen wir, mehr oder minder unbewußt, die Anfälligkeit für Magen-Darmkrankungen uns selbst durch den Genuß eisalter Speisen und Getränke. Die so erfolgende, rasche Abkühlung verurteilt, zumal wenn wir erhitzt sind, eine Reizung der Magen- und Darmmuskulatur und steigert dadurch deren Empfindlichkeit gegenüber den erwähnten Schädlichkeiten. Darum Eis und eisgekühlte Flüssigkeiten vermeiden, wenn man erhitzt ist, und Speiseeis stets nur langsam und in kleinen Bissen verzehren!

Niemand kann und soll an heißen Tagen, wenn einem die Zunge am Gaumen klebt, einen Schlußfrischen Wassers zur Stillung seines Durstes ent-

behren, aber auch hierbei ist zur Vermeidung von Darmtarrhen oder gar typhösen Erkrankungen eine gewisse Vorsicht vonnöten. Vor allem vermeide man auf Wanderungen Wasser unbekannter Herkunft zu trinken. Nur Wasser aus einem klaren Gebirgsquell kann als hygienisch einwandfrei gelten. Auf Touren ist es am besten, etwas kalten Tee, Kaffee oder dergleichen mitzunehmen.

Nicht ungefährlich ist auch die Verbindung von Wasser und Obst. Durch neuere, wissenschaftliche Untersuchungen wissen wir, daß reichlicher Genuß von Wasser nach kurz vorhergegangenem Verzehr von Kirichen, Stachelbeeren oder Weintrauben diese im Magen stark aufquellen läßt. Dadurch werden die Magenwandmuskeln gebeugt, ein Druck gegen den Atmungsmuskel und das Herz ausgeübt, und es kann dabei im äußersten Falle durch völlige Darmlähmung zu plötzlichen Todesfällen kommen. Was für gewöhnliches Wasser und Obst gilt, gilt natürlich auch für Selterwasser, Bier usw. Darum vermeide man nach vorangegangenen Obstessen den Flüssigkeitsgenuß entweder ganz, oder schiebe ihn wenigstens einige Zeit hinaus. Schließlich sei noch auf die Gefahr des Genusses von unreifem Obst hingewiesen, das Stoffe enthält, die die Darmdrüsen in ihrer Tätigkeit hemmen und zu einer völligen Lähmung der Darmmuskulatur führen können. Wird gar zu unreifem Obst noch Wasser getrunken, so findet neben einer starken Verflüssigung des Stuhlganges eine vermehrte Gasbildung statt, und es wird damit gleichfalls die Gefahr einer tödlichen Darmkolik heraufbeschworen. Zum Glück sind derartige Fälle selten, und die sommerlichen Darmtarrhen verlaufen überhaupt meist harmlos.

Die Beachtung der nötigen, vorbeugenden Maßnahmen, wie Kühhalten der Speisen, Schutz vor Fliegen und Insekten durch Bedecken der Nahrungsmittel, sorgfältiges Putzen der Gemüse, Waschen oder Schälen des Obstes vor dem Genuß u. a. m., werden die sommerlichen Darmtarrhen weitgehend verhindern helfen. Tritt ein solcher aber mit Fieber oder mit stärkerer Beeinträchtigung des Allgemein-

befindens auf, so säume man nicht, unverzüglich ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Dr. Carl Kayser.

**Der Mensch als Heiligtum.**

So stolz sind Wissenschaft und Technik auf die Können. Technisch unmöglich erscheint heute nichts. An das früher kaum Fähhche macht sich der Geist heran, und wir können kaum ahnen, welche technischen Wunder unseren Kindern einst einmal beschreiben sein werden.

Und doch ist der Geist, zu dem Größten fähig, noch so klein gegenüber dem Allergrößten. Denn höher als Wissen und Können von einzelnen steht doch der Mensch! Seine Freiheit, seine Seele, sein Glaube, seine Liebe, sein Recht. Aber dieser Mensch, dieser glaubende, sehende, wollende, liebende und freizeitbedürftige Mensch darbt. Die einfachsten Rechte sind ihm genommen. Kaum hat er das Recht auf das Brot. Und all das, das das Höchste im Menschen ist, verkümmert.

„Kein Mensch aber soll nur Mittel zum Zweck für andere sein“, wie Schopenhauer es ausgesprochen. „Jeder Mensch muß zugleich als Selbstzweck, als Heiligtum für sich anerkannt werden.“

Altkommunisten soll seine Liebe sein. Mit leuchtenden Augen soll er in das Morgen schauen. Volk Glück soll er bilden auf das frohe Wachsen seiner Kinder. Doch die Menschenseele lebt in dunkler, trostloser Nacht in der Masse der Hunderttausende heute. Der Geist ist zum Sklaven des Profits entwürdigt, und nur zum Nutzen einer Klasse triumphiert der Geist. Der geistige Aufstieg ging zum Nachteil der Massen, auf Kosten des Menschen, zum Schaden seiner Seele. Nur durch Verkümmern des Heiligsten, seines freizeitlichen und liebenden Geistes.

Zwingt den Geist in die neue Wirtschaft! Und heilig wird werden der Mensch. Und aller geistige Aufstieg wird ihm dann dienen. Und frei von Sorge und Nacht wird seine Seele lebend umschlingen das neue Menschenschlecht der Freiheit.

Dr. Gustav Hoffmann.

### Ein modernes Mittel der Arbeiterbildung.

Trotz des umfangreichen Bildungswesens, das sich die Gewerkschaften unter mühevoller Arbeit und unter vielen Opfern aufgebaut haben, trotz der ergänzenden Arbeiterbildungsarbeit des Staates und der Gemeinden, der Volkshochschulen und Akademischen Kurse müssen sich viele strebsame Kollegen eine Beteiligung aus den verschiedensten Gründen verweigern; teils weil die persönlichen Verhältnisse, etwa wegen wechselnder Schichtzeiten, einen regelmässigen Besuch unmöglich machen, teils weil die drstliche Entfernung eine stndige Teilnahme erschwert oder wohl auch hindert.

Da will der Fernunterricht, wie ihn die Staatliche Wirtschaftsschule in Düffeldorf seit Jahren eingerichtet hat, einen Ausgleich schaffen. Bei diesem dezentralisierten System der Bildungsarbeit erhalten die Teilnehmer Anweisung zu einem systematischen Arbeiten auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften und der Staatsburgertunde. Ausgehend vom Erfahrungstreife der Teilnehmer werden zunächst Fragen des Betriebes bearbeitet, an die sich im weiteren Verlaufe wirtschaftsgeographische Themen über das Wirtschaftsgebiet, in dem der Teilnehmer wohnt, anschließen, ferner Arbeiten zur selbstständigen Erarbeitung wirtschaftswissenschaftlicher Grundbegriffe und die Bearbeitung von wirtschaftspolitischen Gegenwartstragen. Die notige Literatur, die bei der Abfassung der Arbeiten zu benutzen ist, wird bei jedem einzelnen Thema angegeben. Die Teilnehmergebuhr ist gering und wird im Falle der Bedurftigkeit wohl auch gelegentlich von den betreffenden Organisationen übernommen oder von der Schule erlassen.

Durch diesen Fernunterricht sollen wertvolle Kräfte erfährt werden, die sonst in ihrer geistigen Entwicklung verkümmern oder gar völlig verloren gehen wurden. Neben diesem Zweck, dem Fernschler ein wissenschaftliches Einarbeiten in bedeutungsvolle Wirtschaftsfragen zu gestatten und seine erworbenen Kenntnisse unter stndiger Kontrolle eines geschulten Dozenten zu erweitern, verfolgt der Fernunterricht das weitere Ziel, geeignete Persönlichkeiten, die sich tätig am gewerkschaftlichen Leben beteiligen und die sich im wirtschaftlichen und sozialen Leben behrt haben, auf den Besuch der Staatlichen Wirtschaftsschule vorzubereiten.

Alles Nähere ist aus den Richtlinien zu ersehen, die das Sekretariat der Schule, Düffeldorf, Achenbachstrae 51, auf Wunsch gerne an Interessenten versendet. Wir können unseren strebsamen Kollegen die Teilnahme an diesem Fernunterricht nur bestens empfehlen.

gerissen. Fast jeder Staat hatte seine eigene Wnne, seine Hlle und seine eigenen Gesetze. Die kulturelle Entwicklung der Menschheit räumte mit dieser Kleinstaaterei auf. In der heutigen Zeit der Maschinen müssen wir an jene Zeit zurückdenken. Vor ungefähr drei Wochen umflogen in einem Flugzeug zwei Amerikaner in etwas über acht Tagen die gesamte Erde. Vor 150 Jahren gebraucht man zur Umgehung der Erde drei Jahre. Mit dieser Entwicklung sind sich die Völker der Erde näher gekommen. Das Alte führt und eine neue Epoche ist angebrochen, deren Zeugen wir sind. Die Begleiterscheinungen sehen wir in der großen Arbeitslosigkeit, von welcher auch unsere Mitglieder in der Höhe von 48 Proz. und Kurzarbeit von 17 Proz. betroffen sind. Auf dem Gebiete der Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter haben die Gewerkschaften in der Vergangenheit Bedeutendes geleistet. Wenn in der letzten Zeit dieses Tempo nicht beibehalten werden konnte, so liegt selbiges in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Trotzdem nehmen wir die Interessen unserer Mitglieder wahr und haben auch in der heutigen Zeit Erfolge. Es ist kein Anlaß vorhanden, den Glauben an die Macht und den Einfluß der Gewerkschaften zu verlieren. Im Gegenteil, mehr denn je ist der Arbeiter in dieser Zeit auf die Hilfe der Gewerkschaft angewiesen. In



Naturfreundehaus auf dem Reihnert.

Zukunft werden die Gewerkschaften noch groere Bedeutung bekommen als dieses in der Gegenwart der Fall ist.

Der Rebner ging auf die Notverordnung und ihre Auswirkung ein. Streifte dann die Tarifverträge in Bad Soden-Allendorf, Göttingen und Kassel. Er schloß mit den Worten, indem er auf die Bedeutung dieses Treffens und der Wanderung auf den herrlichen Höhen des Reihnerts hinwies:

Ehre sei Gott in der Höhe!  
Daß er die Berge so hoch gemacht,  
Und tat damit seine Weisheit kund,  
Damit nicht jeder Lumpenhund,  
Mit denen die Täler lo reich gesegnet,  
Dem fröhlichen Wanderer hier oben begegnet.

Von den Allendorfer Kollegen wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich in Zukunft die Kollegen in Kassel stärker an derartigen Veranstaltungen beteiligen möchten. Das nchsthnjrige Treffen soll auf dem Lubwigstein in der Nähe von Wighenhansen stattfinden.

Noch einige Stunden verweilten die Kollegen in angeregter Unterhaltung, dann kam die Trennung. Die Allendorfer und Göttinger Kollegen marschierten unter Trompetenklang bergabwrts nach dem Lokal Schwabental. Dort erwartete sie das bestellte Postauto. Nach einem nochmaligen kurzen Aufenthalt in Abterode ging es der Heimat zu. Fur alle Beteiligten wird dieses Treffen eine schöne Erinnerung bleiben.

Berlin. In der am Dienstag, dem 21. Juli, stattgefundenen Funktionrerversammlung referierte der Genosse Dr. Bahl über „Aktuelle Wirtschaftsfragen“. Er fuhrte aus, daß mit dem Erlass der Notverordnungen die Situation der finanziellen, sowie der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands immer ernster geworden ist. Wesentlich zur Verstärkung der Lage beigetragen hat die Flucht deutscher Kapitalisten in das Ausland, der die Regierung zu spät und mit unzulänglichen Mitteln Einhalt zu gebieten versuchte, weiter die Kündigung von zwei bis drei Milliarden kurzfristigen Auslandskrediten innerhalb weniger Wochen. Dazu kommt der Zusammenbruch großer privatwirtschaftlicher Unternehmungen.

Den Auswirkungen des Hoover-Vorschlages stellen sich politische Schwierigkeiten entgegen, deren Ursachen in der Außenpolitik der Bräuning-Regierung liegen. Die deutsche Außenpolitik wird somit entscheidend werden fur die Kreditaufnahme im Ausland. Aber auch die deutsche Arbeiterchaft wird versuchen müssen, entscheidende Änderungen in der

Wirtschaft durch Verwirklichung folgender Forderungen herbeizuführen, und zwar 1. durch die Banken- und Kreditkontrolle, 2. durch eine schärfer Kontrolle der Kartelle und Truste und 3. durch eine umfassende Reform des Aktienrechtes. Denn die Unfähigkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsfuhrer hat sich im Falle der Danabank oder des Nordwalderkongress wiederholt mit aller Deutlichkeit gezeigt, die Auswirkungen aber haben die Arbeiterchaft und die Steuerzahler zu tragen.

Den Geschäftsbericht fur das zweite Quartal gab der Kollege Binkowski. Wenngleich auch die Arbeitslosigkeit etwas abgenommen hat, die Durchschnittszahl gegenüber dem ersten Quartal liegt dennoch höher. Der Mantel- und Lohntarif der Lederwarenbranche ist fur allgemeinerbindlich erklärt worden. Die Strafanfallsarbeit hat sich wieder weiter ausgedehnt, doch sind energische Schritte dagegen bereits eingeleitet. Fur die Tapeziererbranche ist eine Einigung dahingehend erzielt worden, daß der alte Mindestlohn von 1,30 Mt. weiter bestehen bleibt, die übertariflichen Löhne aber der freien Vereinbarung unterliegen. Das Abkommen ist mit vierzehntgiger Frist zum Ende jeden Monats kundbar. Fur die Kleberbranche wurde ein neuer Spezialtarif abgeschlossen, nachdem aber erst auf einigen Bauten Arbeitseinstellung erfolgte. Das Abkommen läuft bis zum 31. Dezember 1932. Die Manteltarifbewegung der Vinoleumleger wurde durch eine verbindliche Entscheidung des Schlichters zum Abschluss gebracht. Der Urlaub wurde von vierzehn auf zwolf Tage verkürzt. Der neue Tarif läuft bis zum 30. April 1932. Das Lohnabkommen fur die Treibriemenbranche wurde durch Schiedspruch geschaffen. Der Lohn beträgt 1,16 Mt. bis zum 30. September dieses Jahres und ist mit vierzehntgiger Frist kundbar. Der Mantel- und Lohntarif fur die Handwerksattler ist getndigt. Die Verhandlungen über den Manteltarif waren ergebnislos. Der Mindestlohn fur den Handwerksammerbezirk Berlin fur den Arbeiter über 23 Jahre wurde auf 1 Mt. bis zum 1. Februar 1932 festgelegt.

Die Kassenerhltnisse der Berliner Ortsverwaltung, ebenso die Mitgliederbewegung sind weiter durchaus zufriedenstellend. Rund 60 Proz. der Einnahmen fur die Mitglieder wurden an Unterstützung fur die Mitglieder wieder ausgezahlt. Die Lokalkasse schließt mit einem Bestand von 109.978,22 Mt. gegenüber 111.341,44 Mt. vom ersten Quartal ab.

Die Ausfuhrungen eines Vertreters der Berliner Volksbühne zur Mitgliederwerbung unterstützte der Kollege Otten und ersucht die Kollegen, dem Kulturunternehmen der Berliner Arbeiterchaft mehr Interesse zuzuwenden. Paul Steinfurt.

Freiberg/Sa. Am Sonnabend, dem 8. August, fand im Restaurant Stadt Gotha unsere sehr gut besuchte Quartalsversammlung statt. Unser Gauleiter, der Kollege Böhme, hielt ein Referat über „Krisenauswirkung in unserem Verband“. Beim Kassenbericht kam die bisher ungegahnte Höhe der Arbeitslosigkeit in unseren Reihen zum Ausdruck. Auch im neuen Quartal ist eine weitere Steigerung eingetreten. Der zweite Teil der Verammlung war dem Gedenken des dreijährigen Bestehens unserer Verwaltungskstelle gewidmet. Außer den noch tätigen drei Mitgrndern können noch weitere zwei Kollegen auf eine dreijährige Mitgliedschaft zurückblicken. Die Jubilar wurden seitens unseres Gauleiters und unseres Vorstehenden, Kollegen Sieber, durch Ansprachen und Blumenpfeifen geehrt. Den jüngeren Kollegen wurde aus Herz gelegt, dem Verband die Treue in gleicher Weise zu wahren, wie dies die Jubilar getan haben. Kollege Linke gab eine Schilderung aus der Entstehungsperiode unserer Jahrsstelle. Schon im Jahre 1896 wurde in Freiberg eine Organisation durch den Kollegen Sassenbach gegründet. Nebenbei bemerkt sei, daß Sassenbach im Namen des Königs mit einer Geldstrafe von 500 Mark bestraft wurde. Leider konnte sich diese Neugründung nicht halten, und als die Militrarbeit nachließ, löste sich die Verwaltungsstelle Freiberg wieder auf, um dann im Jahre 1901 erneut zu entstehen. Im Jahre 1910 sahte der Tarifgebende auch in Freiberg festen Fuß und konnte Kollege Weinschild den ersten Tarifvertrag abschließen. In unserer schweren Zeit waren die paar frohen Stunden, verschönt durch musikalische Darbietungen, den Kollegen eine Erholung. Fur die Zukunft muß unsere Parole sein: „Vorwärts fur unsere Jahrsstelle und fur den Verband und nimmer zurück!“

Paul Ziegler.

Ihr da, die ihr noch draußen steht: Pfu! ber den, der nicht mit uns geht! Pfu! ber den, der verkrochen im Nest andere fur sich kämpfen lässt!

Peter Plter.

### Berichte aus den Verwaltngsstellen

Verbandstreffen auf dem Reihnert. Am Sonntag, dem 2. August, fand auf dem „Reihnert“, einem 750 Meter hohen Berg zwischen Kassel und Bad Soden-Allendorf gelegen, ein Treffen der Kollegen aus den Verwaltngsstellen Allendorf, Göttingen und Kassel statt, zu welchem sich eine Anzahl Kollegen mit ihren Angehörigen eingefunden hatten. Heller Sonnenschein lag auf dem Berge, und nach Ankunft unserer Mitglieder entwickelte sich bald ein reges Treiben. Im Naturfreundehaus war fur Essen und Trinken auf das Beste gesorgt. Wer Lust hatte, konnte fur billiges Geld auch übernachten. Ein Teil der jüngeren Kollegen beteiligte sich am Fußballspiel, während die anderen Kollegen sich im Freien lagerten. Ein Allendorfer Kollege erkreute die Anwesenden durch Trompetenklang, indem er die schönsten Volkslieder zum Vortrag brachte.

Um 2 1/2 Uhr nachmittags fanden sich die Kollegen zu einer Verammlung ein. Auf einer herrlichen Wiese, welche ringsherum von Bäumen des Waldes umgeben war, lagerten die Kollegen, um einendes erste Worte zu hören. Anfangs schilderte Kollege Emil Wohl, Kassel, die Schaffung und die Einrichtung des Naturfreundehauses auf dem Reihnert. Ein Kapital von 75.000 Mt. war notwendig, um es zu errichten. Ueberraschungsmglichkeit ist im weitesten Maße vorhanden, indem 120 Betten zur Verfugung stehen. Er richtete die Bitte an die Kollegen, dieses Ferienheim der Arbeiter nach besten Kräften mit zu unterstützen.

Darauf nahm Gauleiter J. Busch das Wort und sagte folgendes: In den letzten Tagen habe ich Gelegenheit gehabt große Baubestandteile zu besichtigen. In dem Baumert des Herrleues aus der Wilhelmshöhe bei Kassel und in der Burg Hanstein im Werra-tal sehen wir Zeugen menschlicher Arbeitstraft. Im harten Frontdienst wurden diese Bauten in fruheren Jahrhunderten geschaffen. In hundert Jahren von Kleinstaat zu damaliger Zeit das Deutsche Reich

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Juli 1931.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt beträgt die Zahl der Arbeitslosen am 31. Juli 1931 rund 3 976 000 gegen 3 962 000 Ende Juni d. J. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ging zurück auf rund 1 205 000. Dagegen sind in der Kreisfürsorge die Hauptunterstützungsempfänger auf 1 027 000 gestiegen. Von der Reichsanstalt nicht unterstützt werden 1 634 000 Arbeitslose. Diefelben werden überwiegend die Wohnfahrtsunterstützung ihrer Gemeinden in Anspruch nehmen müssen.

In unserem Verband hat der Arbeitsmarkt eine weite Verschlechterung erfahren. Die Arbeitslosigkeit betrug Ende Juli 50,6 Proz. gegen 47,8 Proz. Ende Juni 1931. Männliche Arbeitslose wurden gezählt 10 408 gleich 53,5 Proz., weibliche Arbeitslose 1589 gleich 36,9 Proz. Insgesamt waren Ende Juli 1931 11 997 Verbandsmitglieder arbeitslos. Rechnet man die Zahlen der Kurzarbeiter um in Vollarbeit, so ergibt sich, daß Ende Juli 1931 auf 100 Verbandsmitglieder 59,3 Vollarbeitslose entfallen, denen 40,7 Vollarbeiter gegenüberstehen.

Auf die einzelnen Gauen verteilen sich die Erwerbslosen und Kurzarbeiter wie folgt:

Table with columns: Gau, Arbeitslos, Kurzarbeiter, Gesamt. Rows include Ostpreußen, Ostpreußen-Mitteldeutschland, Ostpreußen-Freistaat, Ostpreußen-Sachsen, Ostpreußen-Bapern, Ostpreußen-Süd-Westp., Ostpreußen-Rheinland-Westfalen, Gesamt.

Berkürzt arbeiteten 4122 männliche und 1503 weibliche, zusammen 5625 Verbandsmitglieder, gleich 23,7 Proz. gegen 16,9 Proz. Ende Juni 1931.

Table with columns: Männl., Weibl., Zul., Jan. 1931, März 1931, Juli 1931. Rows include 1 bis 8 Stb., 9 bis 16 Stb., 17 bis 24 Stb., 25 u. mehr Stb., Insgesamt.

Sprachkurse.

Anfang September 1931 beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichzeitig beginnt ein Kursus „Mittiges Deutsch“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Sachzeichenkunde; Fremdwortkunde, „mir“ oder „nich“, grammatische Schwierigkeiten, Schlehre, Anfertigung von Aufträgen usw. Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 10 M. erhoben. Erwerbslose zahlen die Hälfte. Die Lehrbücher werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: R. 54, Rosenthaler Straße 13 (nahe S-Bahnhof Börse und U-Bahnhof Weinmeisterstraße). Das Schulbüro ist werktäglich von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet, außer Sonnabends.

Sozialistischer Esperanto-Bund.

Die Ortsgruppe Berlin des SGB. veranstaltet zum Herbst einige neue Anfängerkurse zur Erlernung der Weltsprache Esperanto. Die Kurse beginnen Montag, 14. September, abends 8 Uhr, in Reinickendorf, Jugendheim, Lindauer Straße; im Osten am Donnerstag, 17. September, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Am Ostbahnhof 17; im Zentrum am Freitag, 18. September, abends 7.30 Uhr, im Metallarbeiterhaus, Linienstr. 83.

Organisationen, welche für ihre Mitglieder eigene Kurse wünschen, wenden sich an die Geschäftsstelle: Sozialistischer Esperanto-Bund, Berlin R. 58, Chorzower Str. 45.

Der Kursus kostet 4 M., für Jugendliche 3 M., Arbeitslose zahlen pro Abend 10 Pf. Lehrbuch 0,80 M.

Kurzschrift und Arbeiterschaft.

Die Freie Arbeiter-Senographen-Vereinigung Groß-Berlin hat es sich zur Aufgabe gemacht, jedem die Erlernung und Pflege der Kurzschrift in leichtester Weise durch Anfänger- und Fortbildungskurse zu ermöglichen.

Unsere Anfängerkurse in Reichskurzschrift beginnen in der Woche vom 1. bis 6. September in folgenden Bezirken:

Norden: Dienstag, den 1. September 1931, in der Gemeindefschule, Schullfr. 90. Nordosten: Freitag, den 4. September 1931, in der Gemeindefschule, Senefelder Str. 6. Osten: Donnerstag, den 3. September 1931, in der Gemeindefschule, Lütower Str. 18. Südosten: Freitag, den 4. September 1931, in der Gemeindefschule, Reichsherberger Str. 67/70. Neutöllin: Dienstag, den 1. September 1931, in der Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 209/10. Charlottenburg: Donnerstag, den 3. September 1931, in der Gemeindefschule, Dranienstr. 31/32. Lichtenberg: Donnerstag, den 3. September 1931, in der Gemeindefschule, Scharnweberstr. 19. Südwesten: Freitag, den 4. September 1931, in der Gemeindefschule, Griesenhaustr. 7.

Nur für Stollze-Schreyaner: Beginn am 4. September 1931, Gemeindefschule, Gipsstr. 23, jeden Freitag. Alle Kurse außer Charlottenburg beginnen abends 1/2 8 Uhr, dort erst um 8 Uhr. Kursdauer 15 Abende. Das Kursgeld beträgt einfach. Lehrmateriallieferung 10 M. Erwerbslose 5 M. Die Anmeldung erfolgt am ersten Abend in den genannten Bezirken. Auskunft erteilt

Freie Arbeiter-Senographen-Vereinigung Groß-Berlin.

A. T. Heisen, Berlin-Legel, Baumowstr. 47 I.

Rundschau

Die dänische Aussperrung beendet. Die 2000 Arbeiter umfassende Aussperrung der dänischen Schuhfabrikarbeiter ist nach dreimonatiger Dauer Ende Juli aufgehoben worden. Der Vermittlungsvorschlag des Schlichters wurde von beiden Parteien angenommen. Von der Aussperrung waren die Arbeiter von insgesamt 52 Fabriken betroffen.

Die Herbstwäbmelmesse in Berlin fällt in diesem Jahr aus. Wie die „Holzarbeiterzeitung“ mitteilt, hat die freie Vereinigung der Berliner Holzindustriellen, die seit einer Reihe von Jahren alljährlich eine Wäbmelmesse veranstaltete, auf ihrer letzten Generaterversammlung beschlossen, wegen der katastrophalen Wirtschaftslage von der Veranstaltung einer Wäbmelmesse im Herbst 1931 Abstand zu nehmen. Wenn sich die Wirtschaftsverhältnisse bessern, soll die Veranstaltung einer Messe wieder in Erwägung gezogen werden.

Staatliche Mittel für die Austellung von Großwohnungen. Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Die beteiligten preussischen Minister haben in der Frage der Teilung leerstehender Großwohnungen jetzt zugestimmt, daß neben den steuerlichen Vergünstigungen, die für den Fall der Teilung einer Großwohnung in zwei oder mehrere Kleinwohnungen bereits vorgesehen sind, jetzt auch die der Hauszinssteuer entfallenden öffentlichen Wohnungsbaumittel zur Gewährung von Beihilfen für diesen Zweck in Anspruch genommen werden dürfen. Die Höhe der Beihilfe, die — um das Verwaltungsverfahren möglichst einfach zu gestalten — als verlorener Zuschuß auszugeben ist, soll 50 Proz. der reinen Umbautkosten nicht übersteigen, in keinem Falle aber über 1200 M. bei Teilung in zwei und über 1800 M. bei Teilung in drei kleine Wohnungen hinausgehen.

Die Wirtschaftskrise in der Schweiz. Trotz ihrer Kapitalflucht, vermehrt durch die gewaltigen Fluchtgelder, kann sich die Schweiz der Wirkung der Wirtschaftskrise nicht entziehen. Die Lebensgrundlagen der Schweizer Wirtschaft sind mit ihrer Ausfuhr und ihrem Fremdenverehr eng verknüpft. Beide zeigen außerordentlich große Rückgänge in der Wirtschaftskrise. Unter den Exportindustrien ist die Uhrenindustrie am stärksten in Mitleidenschaft gezogen. Im zweiten Quartal des laufenden Jahres war die Uhrenaufsuhr um mehr als die Hälfte geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, nachdem bereits das erste Quartal einen gewaltigen Rückgang der Uhrenaufsuhr zeigte. Viele Uhrenfabriken wurden stillgelegt, die anderen mußten Kurzarbeit einführen. Von 17 000 Uhrenarbeitern sind 2500 beschäftigungslos. Außer der Uhrenindustrie sind die Seiden-, Baumwoll- und Maschinenindustrien von der Ausfuhrkrise sehr scharf betroffen. Besonders Deutschland hat seine Käufe in der Schweiz eingeschränkt. Während es bisher unter den Kunden der Schweiz weit an erster Stelle stand, hat sie diese jetzt an England abgetreten. Auch die Ausfuhr der Schweiz nach den Vereinigten Staaten ist außerordentlich stark zurückgegangen. Die Zahl der Ar-

beitslosen — es gibt 16 000 eingetragene Arbeitslose — in der Schweiz ist etwa doppelt so hoch wie vor einem halben Jahr, wenn sie nicht so hoch ist wie in anderen Industrieländern.

Was die Volksfürsorge leistet. Mit dem stetigen Anwachsen der Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft erhöhten sich auch die Leistungen für Sterbefälle an die bei ihr Versicherten. Sie zahlte im ersten Halbjahr 1931 für 4260 Sterbefälle aus, bei vorheriger Personenzahl und 1 900 000 M. aus. — In dieser Zeit wird vielen die Versicherungssumme beim Todesfall des Ernährers eine sehr willkommene Hilfe gewesen sein.

Bücherschau

Die August-Nummer der Zeitschrift „Die Rührgilde“ bringt anlässlich der im August in Erfurt stattfindenden Tagung des Bildungsausschusses der Zeitschrift „Die Rührgilde“ die Publikation der Rührgilde-Gesellschaft für 1931 und enthält illustrierte Reportage „Zünftler und Reich“ von Erich Kraus. Aus dem übrigen Inhalt sei eine Erwähnung „Der russische Amerikaner“ von Thobias hervorgehoben, die einen interessanten Einblick in die Probleme der russischen Industrialisierung gestattet. Die Mitglieder der Rührgilde erhalten diese Zeitschrift kostenlos.

Alfred Jank: „Das Schicksal der Nordsee“. Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Berlin SW 68, 16 Seiten mit Illustration und Abbildungen. Preis 10 M. Die Tagespresse berichtet jetzt täglich von Arbeiterentlohnungen in Textilbetrieben. Das ist das letzte Ergebnis des Nordseefonds, der den großen kapitalistischen Skandal dieses Jahrhunderts darstellt. Die Schande des Kapitalismus bildet den Gegenstand der vorliegenden kleinen Schrift, die den Chefredakteur der Bremer sozialdemokratischen Zeitung zum Verfasser hat. Jank schildert aus seiner Kenntnis des Sachens die Existenzfrage aus — einer Existenzfrage, die es nicht gibt, hier einen Roman geschrieben, phantastischer als die Fiktion. Der Aufstieg der Fabrik, der Luxusbedarf und die Arbeiterkassentiere sind mit viel und unbedeutendem Material ausgestattet. Einen breiten Raum nimmt die Schilderung der Beziehungen zu den „nationalen“ Reaktionen ein. Der Gewerkschaftler wird besonders der heftige Kampf interessieren, den die Fabrik gegen die Gewerkschaften, für die Weiblen durchgeführt haben.

„Gesundheit“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des brennfähigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenanstalten e. V., Berlin Charlottenburg, Berliner Straße 147.

Weshalb ist man in der Sommerhitze so faul? Antwort auf diese Frage gibt die „Gesundheit“, die vom Hauptverband deutscher Krankenanstalten herausgegeben und an den Gesundheitsbehörden kostenlos verteilt. Zeitschrift zur gesundheitlichen Lebensführung des brennfähigen Volkes. Auch hier enthält die August-Nummer mehreres in den Sommermonaten besonders wichtige Mitteilungen, wie Aufsätze über „Alkoholfreie Getränke“, über das „Einmischen“, über „Sommer-Durchfall“, über „Insekten-Ausflugstreiben“. Es ist also riesig alles „Sommerfaulheit“ durchaus am Plage, sich auch dieses Welt bei seiner Krankenliste abzugeben und es außerdem durchzuführen.

Handbuch der öffentlichen Wirtschaft. Herausgegeben vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personal- und Personalvereins, bearbeitet von Dr. W. Pohl und Dr. S. Wendeboth unter Mitwirkung einer Reihe anerkannter Sachverständiger. Das vorliegende Buch bringt zum ersten Male eine umfassende Behandlung der öffentlichen Wirtschaft und versucht, die Wege aufzuzeigen, auf denen eine höhere Produktivität der öffentlichen Betriebe im gegenwärtigen Interesse erzielt werden kann. Am Jahresabschluss Einzelarbeiten werden die großen unversiehbaren Leistungen der öffentlichen Wirtschaft nachgewiesen und ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung aufgezeigt. Dabei wird die öffentliche Wirtschaft niemals bloß verteidigt, sondern kritisch durchleuchtet. Das Buch ist zu beziehen von der Verlagsgesellschaft „Kourier“, Berlin SW 16. Der Preis des etwa 700 Seiten starken Werks beträgt 12 M.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 17. August bis 23. August ist der 34. Wochenbeitrag 1931 fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können zuchbildet: Coburg, Röhr, Bruns, Tapezierer.

Das Mitgledsbuch Nr. 7991 auf den Namen Karl Dutschmann laudend, ist gefahren worden. Wir bitten, falls das Buch irgendwo vorgezeigt wird, dasselbe abzunehmen und an die Hauptverwaltung einzuliefern.

Sterbefälle

Dresden. Am 9. August starb im Alter von 67 Jahren unser langjähriges Mitglied, der zuletzt invalide Sattler, Kollege Paul Kiere.

München. Am 3. August starb unser Mitglied Josef Schartz, Tapezierer, 49 Jahre alt.

Stuttgart. Nach mehr als 25jähriger Mitgliedschaft starb im Alter von 55 Jahren unerwartet, rasch im Erholungsheim Neuenbürg unser Kollege Heinrich Decklin.

Ehre ihrem Andenken.